

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1996

Ausgegeben am 10. Dezember 1996

220. Stück

- 689. Verordnung:** Kundmachung einer Änderung der Ausführungsordnung zum Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen)
- 690. Kundmachung:** Geltungsbereich des Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung
- 691. Kundmachung:** Geltungsbereich des Protokolls über Privilegien, Befreiungen und Immunitäten der INTELSAT
- 692. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Österreich und der Republik Belarus über die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen**
(NR: GP XIX RV 32 AB 99 S. 20. BR: AB 4977 S. 596.)
- 693. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Armenien über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen**
(NR: GP XIX RV 31 AB 98 S. 20. BR: AB 4976 S. 596.)
- 694. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik über die Förderung und den Schutz der Investitionen**
(NR: GP XX RV 12 AB 267 S. 36. BR: AB 5248 S. 616.)

689. Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Kundmachung einer Änderung der Ausführungsordnung zum Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen)

Auf Grund des § 2 Abs. 5 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird verordnet:

Die Kundmachung des Beschlusses des Verwaltungsrates der Europäischen Patentorganisation vom 14. Juni 1996 zur Änderung der Ausführungsordnung zum Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen) (BGBl. Nr. 350/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 603/1995) hat dadurch zu erfolgen, daß dieser Beschluß im Österreichischen Patentamt (Wien 1, Kohlmarkt 8–10) zur Einsichtnahme während der Amtsstunden aufgelegt wird.

Vranitzky

690. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung

Nach Mitteilung der Niederländischen Regierung hat Aruba die zuständige Behörde gemäß Art. 6 Abs. 2 des Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung (BGBl. Nr. 27/1968, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 469/1996), die seit 1. Jänner 1986 zur Ausstellung der Apostille bestimmt ist, wie folgt bekanntgegeben:

„Directeur van het Centraal Bureau Juridische en Algemene Zaken“

Vranitzky

691. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Protokolls über Privilegien, Befreiungen und Immunitäten der INTELSAT

Nach Mitteilungen des Generaldirektors der INTELSAT haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunden zum Protokoll über Privilegien, Befreiungen und Immunitäten der INTELSAT (BGBl. Nr. 312/1988) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Argentinien	13. Februar 1996
Bahamas	13. Februar 1990
Belgien	14. Jänner 1992
Dänemark	22. März 1988

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde:
Frankreich	31. Jänner 1989
Griechenland	2. September 1988
Indien	14. Oktober 1987
Irland	2. August 1993
Kolumbien	2. Juli 1990
Luxemburg	19. September 1994
Norwegen	11. Jänner 1991
Oman	30. Juni 1987
Philippinen	13. Juni 1988
Portugal	19. Jänner 1996
Rumänien	7. April 1992
Saudi-Arabien	19. April 1990

Anlässlich der Hinterlegung der Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde haben folgende Staaten Vorbehalte erklärt bzw. Erklärungen abgegeben:

Argentinien:

- a) Vorbehalt zu Art. 4 Abs. 2: Argentinien erachtet sich nicht an die genannte Bestimmung gebunden.
- b) Die in Art. 4 Abs. 3 enthaltene Bezeichnung „andere Steuern“ wird dahingehend verstanden, daß sie die in Art. 89 des innerstaatlichen Steuergesetzes der Republik Argentinien dargelegte Befreiung von nationalen Steuern umfaßt.
- c) Die Republik Argentinien erklärt ebenfalls, daß INTELSAT und seinen Bediensteten keine Privilegien, Befreiungen und Immunitäten für die Ausübung von Aktivitäten, die im Zusammenhang mit der Bereitstellung bzw. Einrichtung und dem gewerblichen Betrieb von Boden- und Weltraumsegmenten sowie von Telemetrie-, Befehls- und Kontrollsystemen für den Betrieb eines innerstaatlichen Satellitensystems die auf dem Territorium der Republik Argentinien stehen, gewährt werden.
- d) Die Regierung der Republik Argentinien erklärt, daß sie die Bestimmungen dieses Protokolls nicht auf argentinische Staatsbürger anwenden wird, die Angestellte von INTELSAT sind und ihre Funktion in Argentinien ausüben.

Frankreich:

Gemäß Art. 15: Vorbehalt betreffend die Anwendung von Art. 7 Abs. 1 lit. e bis zu jenem Zeitpunkt, an dem INTELSAT eine tatsächliche interne Steuer auf die Bezüge ihres Personals eingeführt hat.

Indien:

Bezugnehmend auf Art. 4 Abs. 5 erklärt Indien, daß die der INTELSAT gehörenden Waren, die nach Abs. 2 und 3 des Artikels von Steuern und Zöllen befreit sind, nur im Einklang mit den Gesetzen und Verordnungen Indiens verkauft werden dürfen.

Indonesien *):

Zu Art. 2, 4, 7 und 13:

1. Die in Art. 2 festgelegte Unverletzlichkeit der Archive ist nur anzuwenden soweit die Archive INTELSAT-Aufgaben betreffen.
2. Die den Bediensteten von INTELSAT sowie die deren Familien durch Art. 4 und Art. 7 gewährten Privilegien und Immunitäten unterliegen den Gesetzen und Verordnungen Indonesiens.
3. Die Anzahl und die Namen der Mitglieder des Personals, für die wie in Art. 7 Abs. 6 vorgeschrieben die Bestimmungen von Art. 7 auf dem Territorium der Republik Indonesien gelten, unterliegen dem Übereinkommen zwischen INTELSAT und der Regierung der Republik Indonesien.
4. Die Übertragung einer endgültigen Entscheidung irgendeines Streitfalles an ein Streitschlichtungsverfahren gemäß Art. 13 soll auf Grund eines Übereinkommens erfolgen.

Norwegen:

Erklärt, daß im Einklang mit Art. 7 Abs. 5 und Art. 8 Abs. 4 seinen Staatsangehörigen und Personen mit ständigem Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet die in den genannten Artikeln vorgesehenen Privilegien und Immunitäten nicht gewährt werden.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 312/1988

Portugal:

- a) Die in Art. 4 Abs. 1 angeführte Steuerbefreiung ist auf INTELSAT im Hinblick auf ihre Einkünfte und Vermögenswerte im Rahmen ihrer autorisierten Aktivitäten anzuwenden; allerdings behält sich Portugal das Recht vor, angemessene Klassifizierungen für Einkommen und Vermögenswerte vorzunehmen.
- b) Die Bestimmungen von Art. 13 sind nicht anzuwenden auf Gerichtsverfahren in Steuerangelegenheiten, die in die Zuständigkeit portugiesischer Gerichte fallen.

Vranitzky**692.**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Belarus über die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen

- Die Republik Österreich und die Republik Belarus, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind
- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
 - im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
 - in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen über die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
 - ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
 - im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein,

- a) daß insbesondere in folgenden Bereichen gute Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:
 - Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen in den Bereichen Produktion, Handel und Dienstleistungen,
 - Förderung von Technologietransfer und Know-how-Ausbau einschließlich angewandter Forschung,
 - Land- und Forstwirtschaft, Lebensmittelindustrie, Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte,
 - Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen einschließlich Rüstungskonversion,
 - Metallurgie und metallverarbeitende Industrie,
 - pharmazeutische, medizinische und chemische Industrie einschließlich Pflanzenschutz,
 - Produktion von Baumaterialien,
 - weltweite Vermarktung von Produkten einschließlich Zusammenarbeit auf Drittmärkten,
 - finanzielle und industrielle Dienstleistungen,
 - Energie und gemeinsame Aufsuchung, Gewinnung, Verarbeitung und Vermarktung von Erdöl auch in Drittstaaten,
 - Berufsausbildung und Managementschulung,

- Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren, Austausch von Wirtschaftsdelegationen und Experten;
- b) daß Projekte grundsätzlich nach den höchsten jeweils verfügbaren Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden sollen.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien behandeln einander nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen beziehen, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewährt wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten oder den Staaten der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
- d) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abkommen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

Artikel 4

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristen-Code“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes und des qualitativen Tourismus erfolgen.

Artikel 5

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch sicherer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Eisenbahn,
- Schifffahrt,
- Luftfahrt,
- Telekommunikation,
- Straßenbau,
- Wasserwirtschaft.

Artikel 6

Der Zahlungsverkehr erfolgt in Übereinstimmung mit den Devisenvorschriften, die in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehen, in frei konvertierbarer Währung.

Artikel 7

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen, sofern die Unternehmen nichts anderes vereinbaren.

(3) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften können die Unternehmen beider Vertragsparteien zur Erhöhung des Warenaustausches und zur Erweiterung der Warenvielfalt in jeder

beliebigen Form, wie beispielsweise Barter- und Countertrading, Handel entsprechend den internationalen Handelsgebräuchen treiben.

Artikel 8

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultation beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Artikel 9

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften

- fördern die Vertragsparteien die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsvorschriften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte,
- fördern die Vertragsparteien die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaates des 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

Artikel 11

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer teilweisen oder gänzlichen Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

Artikel 12

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine Gemischte Kommission errichtet, welche auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd in Österreich und Belarus zusammentreten wird.

(2) Zu den Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören insbesondere:

- Prüfung der Entwicklung der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen,
- Erschließung neuer Möglichkeiten sowie Förderung der zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit,
- Erstellung von Vorschlägen zur Verbesserung der Bedingungen der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten.

Artikel 13

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnehmer einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitrittes zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisationen sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

Artikel 14

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer von einem Jahr abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Geschehen zu Wien, am 2. Oktober 1992, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und belarusischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Wolfgang Schüssel

Für die Republik Belarus:

Wjatcheslaw Franzewitsch Kebitsch

ПАГАДНЕННЕ

паміж Рэспублікай Аўстрыя і Рэспублікай Беларусь
аб двухбаковых гандлёвых і эканамічных сувязях

Рэспубліка Аўстрыя і Рэспубліка Беларусь, якія называюцца ў далейшым "Дагаворныя Бакі",

кіруючыся жаданнем умацоўваць існуючыя двухбаковыя знешне-эканамічныя сувязі;

імкнучыся садзейнічаць развіццю тавараабароту, эканамічнаму, прамысловому, тэхнічнаму і навукова-тэхнічнаму супрацоўніцтву на аснове роўнасці і ўзаемнай выгады;

будучы перакананымі, што гэта Пагадненне аб двухбаковых гандлёвых і эканамічных сувязях створыць спрыяльныя прадпасылкі і трывалую аснову для далейшага развіцця двухбаковых знешне-эканамічных сувязей;

зыходзячы з прынцыпаў рыначнай эканомікі;

у рамках заканадаўства, якое дзейнічае ў абедзвюх дзяржавах,

дамовіліся аб ніжэйпададзеным:

Артыкул I

Дагаворныя Бакі абавязуюцца ў рамках дзеючага ў абедзвюх дзяржавах заканадаўства садзейнічаць развіццю двухбаковых гандлёвых і эканамічных сувязей паміж прадпрыемствамі, арганізацыямі, таварыствамі і ўстановамі, якія называюцца ў далейшым "Суб'ектамі".

Артыкул 2

Дагаворныя Бакі, зыходзячы са сваіх магчымасцей і ў адпаведнасці з заканадаўствам, якое дзейнічае ў кожнай з дзяржаў, будуць садзейнічаць эканамічнаму, прамысловаму, тэхнічнаму і навукова-тэхнічнаму супрацоўніцтву.

Дагаворныя Бакі пагадняюцца, што:

а) асаблівыя магчымасці кааперацыі маюцца ў наступных галінах:

стварэнне сумесных прадпрыемстваў і прамыя інвестыцыі ў прамысловасць, гандаль і паслугі;

спрыянне перадачы тэхналогій, "ноў-хаў", уключаючы прыкладныя даследванні;

сельская і лясная гаспадарка, перапрацоўка сельскагаспадарчай прадукцыі і харчовай прамысловасці;

рэканструкцыя, мадэрнізацыя, расшырэнне і аўтаматызацыя існуючых прамысловых вытворчасцей, уключаючы канверсію прадпрыемстваў абароннай прамысловасці;

металургічная і металаапрацоўчая прамысловасць;

фармацэўтычная, медыцынская і хімічная прамысловасці, уключаючы ахову раслін;

вытворчасць будаўнічых матэрыялаў;

маркетынг, уключаючы супрацоўніцтва з трэцімі краінамі;

фінансавыя і прамысловыя паслугі;

энергетыка, сумесныя пошук, здабыча, перапрацоўка і маркетынг нафты, у тым ліку і ў трэціх краінах;

прафесійная падрыхтоўка і падрыхтоўка кіруючых кадраў;

арганізацыі і правядзенне кірмашоў, выстаў і семінараў, абмен гандлёва-эканамічнымі дэлегацыямі і экспертамі;

б) праекты рэалізоўваюцца ў адпаведнасці з найвышэйшымі існуючымі ў вышэйназваных галінах экалагічнымі патрабаваннямі да тэхналогій.

Артыкул 3

I. Дагаворныя Бакі дамовіліся аб прынцыпе найбольшага спрыян-

ня ў адносінах да мытных пошлін і іншых збораў, а таксама спосабах спагнання такіх мытных пошлін і іншых збораў пры вывазе і ўвозе тавараў.

2. Дагаворныя Бакі пагадніліся ў тым, што прынцып, прадугледжаны ў п.1 гэтага артыкула не распаўсюджваецца, у прыватнасці, на льготы і прывілеі, якія адзін з Дагаворных Бакоў прадастаўляе ці прадаставіць у будучым:

а) суседнім дзяржавам у мэтах палягчэння прыгранічнага гандлю;

б) дзяржавам, якія разам з ёй уваходзяць у мытны саюз ці зону свабоднага ці прэферэнцыйнага гандлю, якія ўжо існуюць ці будуць створаны ў будучым;

в) дзяржавам -- членам Садружнасці Незалежных Дзяржаў або дзяржавам, якія раней уваходзілі ў Саюз Савецкіх Сацыялістычных Рэспублік;

г) трэцім краінам у рамках шматбаковых дамоўленасцей, у якіх не ўдзельнічае другі Дагаворны Бок.

Артыкул 4

Дагаворныя Бакі пагадняюцца ў тым, што турызм можа ўнесці ўклад у паглыбленне двухбаковых знешнеэканамічных сувязей.

1. Дагаворныя Бакі будуць садзейнічаць развіццю турызму ў рамках дзеючага ў кожнай дзяржаве заканадаўства і на аснове рэкамендацый Канферэнцыі Арганізацыі Аб'яднаных Нацый па міжнароднаму турызму і міжнародным вандраванням (Рым, 1963г.), а таксама "Хартыі турызму і кодэкса турыста" (Сафія, 1985г.).

2. Эканамічнае, прамысловае, тэхнічнае і навукова-тэхнічнае супрацоўніцтва ў рэалізацыі турысцкіх праектаў, а таксама ў развіцці адпаведнай інфраструктуры ажыццяўляецца на прынцыпах аховы навакольнага асяроддзя і арганізацыі турызму на якасным узроўні.

Артыкул 5

Зыходзячы з неабходнасці стварэння эканамічна выгадных

і экалагічна бяспечных сістэм інфраструктуры, Дагаворныя Банкі дамовіліся звяртаць асаблівую ўвагу кааперацыі ў наступных галінах:

чыгуначны транспарт;
суднаходнасць;
паветраная сувязь;
тэлекамунікацыі;
гарадскі транспарт;
водная гаспадарка.

Артыкул 6

Разлікі і плацяжы ажыццяўляюцца ў адпаведнасці з дзеючым у кожнай з дзяржаў фінансавым заканадаўствам у свабодна канверсаванай валюце.

Артыкул 7

1. Тавараабмен, а таксама эканамічнае, прамысловае, тэхнічнае і навукова-тэхнічнае супрацоўніцтва ў рамках сапраўднага Пагаднення ажыццяўляецца на камерцыйнай аснове.

2. Гандаль паміж Суб'ектамі абедзвюх дзяржаў ажыццяўляецца на аснове рыначных цэн, калі Суб'екты не дамовіліся аб іншым.

3. З мэтай павелічэння тавараабароту і пашырэння яго наменклатуры Суб'екты Дагаворных Бакоў у рамках дзеючага ў краінах Дагаворных Бакоў заканадаўства могуць ажыццяўляць гандаль у любых формах, прынятых у міжнароднай гандлёвай практыцы, уключаючы бартарныя і сустрэчныя аперацыі.

Артыкул 8

1. Дагаворныя Банкі распачнуць кансультацыі, як толькі ва ўзаемным гандлі будзе назірацца ўвоз якога-небудзь тавара ў такой колькасці ці па такіх цэнах, ці на такіх умовах, якія наносзяць ці пагнажаюць нанесці значны ўрон вытворцам падобных альбо непасрэдна канкурыруючых тавараў.

2. Калі ў ходзе гэтых кансультацый Дагаворныя Бакі аднадушна ўстановаць, што пададзеная ў пункце I сітуацыя мае месца, то ўвоз будзе абмежаваны ці будуць прыняты іншыя меры з мэтай прадухілення ці ліквідавання ўрону.

3. Калі Дагаворныя Бакі не прыдуць да згоды, то Дагаворны Бок, які падаў заяву аб правядзенні кансультацый, будзе мець права абмежаваць увоз адпаведных тавараў у той ступені, ці на такі тэрмін, якія неабходны для прадухілення ці ліквідавання ўрону. Другі Дагаворны Бок у такім выпадку будзе мець права адступіць ад сваіх абавязкаў перад першым Дагаворным Бокам у памежах прыкладна эквівалентнага аб'ёму гандлю.

4. У выпадках, калі адтэрміноўка нанесла б значны ўрон, часовыя меры могуць быць прыняты без папярэдніх кансультацый. У гэтым выпадку Дагаворны Бок, які ўжыў гэтыя меры, неадкладна і пісьмова паведамляе аб гэтым другому Дагаворнаму Боку, пасля чаго кансультацыі павінны быць пачаты неадкладна.

5. Пры выбары мер у адпаведнасці з гэтым артыкулам Дагаворныя Бакі будуць аддаваць перавагу мерапрыемствам, якія робяць найменшы негатыўны ўплыў на далейшае функцыянаванне гэтага Пагаднення.

Артыкул 9

Дагаворныя Бакі прызнаюць карыснасць і неабходнасць больш актыўнага ўдзелу малых і сярэдніх прадпрыемстваў у двухбаковых гандлёва-эканамічных сувязях.

Артыкул 10

1. Дагаворныя Бакі рэкамендуюць Суб'ектам вырашаць спрэчкі ў першую чаргу па-сяброўску пры ўзаемнай згодзе.

2. У рамках дзеючага ў дзяржавах Дагаворных Бакоў заканадаўства:

Дагаворныя Бакі заахвочваюць скарыстанне арбітражу для ўрэгулявання спрэчных пытанняў паміж Суб'ектамі абодвух Дагаворных

Бакоў, звязаных з гандлёвымі і кааперацыйнымі здзелкамі, а таксама са здзелкамі, якія ўзнікаюць пры стварэнні сумесных прадпрыемстваў і ажыццяўленні прамых капіталаўкладанняў;

Дагаворныя Бакі заахвочваюць прымяненне арбітражных правіл, распрацаваных Камісіяй Арганізацыі Аб'яднаных Нацый па праву міжнароднага гандлю (ЮНСІТРАЛ), і прыцягненне арбітражу адной з дзяржаў – удзельніц Канвенцыі аб прызнанні і выкананні замежных арбітражных рашэнняў (Нью-Йорк, 1958г.).

Артыкул II

Пасля спынення дзеяння дадзенага Пагаднення поўнасю або часткова яго палажэнні будуць прымяняцца да ўсіх заключаных Суб'ектамі кантрактаў, абавязацельствы па якіх узніклі ў перыяд яго дзеяння і не выкананы да моманту спынення або змянення Пагаднення.

Артыкул I2

1. Дадзеным Пагадненнем ствараецца змешаная камісія, якая будзе збірацца па жаданню аднаго з Дагаворных Бакоў па чарзе ў Рэспубліцы Аўстрыя і Рэспубліцы Беларусь.

2. У задачы гэтай змешанай камісіі будзе ўваходзіць: аналіз развіцця двухбаковых гандлёвых і эканамічных сувязей; вызначэнне новых перспектыв супрацоўніцтва, а таксама шляхоў іх рэалізацыі;

распрацоўка прапаноў па паляпшэнню ўмоў эканамічнага, прамысловага, тэхнічнага і навукова-тэхнічнага супрацоўніцтва паміж Суб'ектамі абодвух Бакоў.

Артыкул I3

Са дня сапраўднага ўдзелу аднаго Дагаворнага Боку альбо абодвух Дагаворных Бакоў у Еўрапейскай Эканамічнай Прасторы (ЕЭП) або ўваходжання ў Еўрапейскае Супольніцтва альбо арганізацыі, якія будуць іх правапераемнікамі, Дагаворныя Бакі не

будуць звязаны гэтым Пагадненнем у той частцы, якая будзе не-сумяшчальнай з іх статусам членаў зазначаных у гэтым артыкуле арганізацый.

2. У такім выпадку Дагаворныя Бакі сумесна вызначаць тыя па-лажэнні гэтага Пагаднення, якія будуць дзейнічаць у далейшым.

Артыкул I4

1. Дадзенае Пагадненне заключаецца тэрмінам на адзін год і аўтаматычна прадаўжаецца на кожны наступны год, калі адзін з Ба-коў за тры месяцы да заканчэння тэрміну яго дзеяння не паведаміць пісьмова па дыпламатычных каналах другому Боку аб сваім намеры скасаваць яго.

2. Гэта Пагадненне ўвойдзе ў сілу ў першы дзень трэцяга ме-сяца, што настане за месяцам, у якім Дагаворныя Бакі паведамяць адзін аднаму шляхам абмену нотамі, што іх адпаведныя ўнутрыдзяр-жаўныя працэдуры, прадугледжаныя заканадаўствам, дзеючым ў краі-нах Дагаворных Бакоў адносна ўваходжання ў сілу дадзенага Пагад-нення, выкананы.

Учынена ў **ВЕНЕ**, 2. 10. 1992 у двух экзэмплярах, кожны на нямецкай і беларускай мовах, прычым абодва тэксты маюць аднолькавую сілу.

За Рэспубліку Аўстрыя

За Рэспубліку Беларусь



Die Notifikationen gemäß Art. 14 Abs. 2 des Abkommens wurden am 31. Jänner 1994 bzw. 16. August 1995 vorgenommen; das Abkommen ist gemäß seinem Art. 14 Abs. 2 mit 1. November 1995 in Kraft getreten.

Vranitzky

693.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Armenien über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen

- Die Republik Österreich und die Republik Armenien, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind
- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
 - im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
 - in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
 - ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
 - im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Republik Österreich und die Republik Armenien gewähren einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewährt wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mir ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

Artikel 2

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beide Staaten fördern.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß insbesondere in folgenden Bereichen Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Land- und Forstwirtschaft; Agrar- und Forsttechnik,
- Lebensmittelindustrie; Verbesserung der Verarbeitung, Lagerung, Verpackung und Transport landwirtschaftlicher Produkte,
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau und Automation bestehender Anlagen; Rüstungskonversion,
- Leichtindustrie, einschließlich Produktion qualitativ hochwertiger und konkurrenzfähiger Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederwaren,
- Metallurgie, einschließlich Buntmetallurgie und metallverarbeitende Industrie,
- Großindustrieanlagen,
- chemische und petrochemische Industrie,
- Gesundheitswesen, Medizintechnik, medizinische und pharmazeutische Industrie,
- Bauwesen; Herstellung von Baumaterialien und diesbezüglicher Ausrüstungen; Bautechnik,
- Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Bodenschutz, einschließlich Produktion und Anwendung biologischer Pflanzenschutzmittel,
- Aufsuchung, Gewinnung, Aufbereitung, Veredlung und Weiterverarbeitung sowie Vermarktung von Bodenschätzen und Bergbauprodukten,

- Heil- und Mineralwässer,
- Ausbau und Revitalisierung der Kraftwerke, insbesondere im Bereich Hydroenergetik, sowie des Hochspannungsleitungsnetzes und der Leitungsnetze für Erdgas und Erdöl,
- elektrische Geräte und Haushaltstechnik,
- elektronische und elektrotechnische Industrie,
- holzverarbeitende, Papier- und Zellstoffindustrie,
- Aus- und Weiterbildung in den Bereichen Management, Außenhandel, Wirtschaftsverwaltung, Tourismus, gewerblicher Rechtsschutz, Bank-, Finanz- und Versicherungswesen.

Diese Zusammenarbeit könnte in folgenden Formen verwirklicht werden:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Investitionen in allen Wirtschaftsbereichen,
- Errichtung von Firmenvertretungen und Niederlassungen,
- Technologie- und Know-how-Transfer; angewandte Forschung,
- Austausch von Patenten und Lizenzen sowie sonstigen gewerblichen Schutzrechten,
- Harmonisierung von Normen und technischen Vorschriften,
- Zertifizierungs- und Prüfungswesen,
- finanzielle, Bank- und Versicherungsdienstleistungen, Marketing, Consulting und sonstige Dienstleistungen,
- Erstellung von Feasibilitystudien,
- Organisation und Durchführung von gemeinsamen Seminaren, Symposien und Konferenzen; Veranstaltung von Ausstellungen und Messen; Austausch von Delegationen und Experten im Wirtschaftsbereich,
- Austausch von juristischen, wirtschaftlichen, statistischen und technischen Dokumentationen, Informationen und Publikationen.

(3) In allen Bereichen der Zusammenarbeit sollen die Projekte grundsätzlich nach den höchsten Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichungen wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Energie; Hydroenergetik,
- Eisenbahnnetze,
- Luftfahrt,
- Straßennetze,
- Telekommunikation,
- Transportwesen,
- Recycling und Abfallwirtschaft,
- Bodenverbesserung und Wasserwirtschaft.

Artikel 5

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristencode“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, technische und fachliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf Qualität im Tourismus bedacht sein.

Artikel 6

Die Vertragsparteien werden den Schutz des gewerblichen Eigentums und dessen Durchsetzung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und insbesondere auf Grundlage der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums fördern sowie Maßnahmen zur Entwicklung und zum Ausbau der Zusammenarbeit vereinbaren.

Artikel 7

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Armenien erfolgt in Übereinstimmung mit den im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

Artikel 8

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften können die Unternehmen beider Vertragsparteien zur Erhöhung des Handelsvolumens und zur Erweiterung der Warenvielfalt Handel in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsgebräuchen, darunter auch in Form von Counter- und Bartertrading treiben.

(3) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder zu solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

In diesem Fall stellt jene Vertragspartei, die die Konsultationen beantragt hat, der anderen Vertragspartei im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften alle für die Prüfung des Sachverhalts erforderlichen Informationen zur Verfügung.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung des Schadens erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen besonderer Dringlichkeit, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Artikel 10

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften empfehlen die Vertragsparteien die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichtes eines Unterzeichnerstaates des am 10. Juni 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche. *)

Artikel 12

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 200/1961

Artikel 13

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird ein „Gemischter Ausschuß“ errichtet, welcher auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder Armenien einberufen wird.

(2) Zu den Aufgaben dieses Gemischten Ausschusses gehören insbesondere:

- a) Erörterung des Standes und der Entwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- b) Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung und Intensivierung des Warenaustausches und der wirtschaftlichen, industriellen, technischen, technisch-wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit,
- c) Unterbreitung von Empfehlungen zur Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens.

Artikel 14

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Abkommens sollen durch Verhandlungen im Rahmen des im Art. 13 genannten Gemischten Ausschusses beigelegt werden.

Artikel 15

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisationen sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats, der dem Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden, in Kraft.

Geschehen zu Wien, am 26. April 1994, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und armenischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Wolfgang Schüssel

Für die Republik Armenien:

Armen Jeghiazarian

ՀԱՄԱԶԱՅՆԱԳԻՐ

ԱՎՍՏՐԻԱՅԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ԵՎ ՀԱՅԱՍՏԱՆԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ՄԻՋԵՎ ԵՐԿԿՈՂՄԱՆԻ ԱՐՏԱՔԻՆ ՏՆՏԵՍԱԿԱՆ ԿԱՊԵՐԻ ՄԱՍԻՆ

Ավստրիայի Հանրապետությունը և Հայաստանի Հանրապետությունը, որոնք հետագայում անվանվում են "Պայմանավորվող կողմեր",

- ղեկավարվելով երկկողմանի արտաքին տնտեսական կապերը ամրապնդելու ցանկությամբ,
- ձգտելով նպաստել հավասարության և փոխադարձ շահավետության հիման վրա, ապրանքաշրջանառության զարգացմանը և տնտեսական, արդյունաբերական, տեխնիկական և տեխնոլոգիական համագործակցությանը,
- համազված լինելով, որ սույն Համաձայնագիրը կստեղծի բարենպաստ մախադրյալներ և ամուր հիմք երկկողմանի արտաքին տնտեսական կապերի հետագա զարգացման համար,
- ելնելով շուկայական էկոնոմիկայի սկզբունքներից,
երկու պետություններում գործող օրենսդրության շրջանակներում պայմանավորվեցին ներհանրապետական վերաբերյալ:

Հոդված 1

1. Ավստրիայի Հանրապետությունը և Հայաստանի Հանրապետությունը միմյանց կտրամադրեն առավել բարենպաստության ռեժիմ մաքսային և այլ տուրքերի, ինչպես նաև ապրանքների արտահանման և ներմուծման դեպքում այդպիսի մաքսային և այլ տուրքերի գանձման մեթոդների վերաբերյալ:

2. Պայմանավորվող կողմերը համաձայնվեցին, որ առավել բարենպաստության ռեժիմը չի տարածվի մասնավորապես այն արտոնությունների և առավելությունների վրա, որոնք Պայմանավորվող կողմերից մեկը տրամադրում է կամ հետագայում կտրամադրի:

- ա) հարեւան պետություններին՝ սահմանամերձ առևտուրը հեշտացնելու նըպատակով,
- բ) պետություններին, որոնք իր հետ միասին մտնում են մաքսային միության, ազատ կամ արտոնյալ առևտրի գոտու մեջ, որն արդեն գոյություն ունի կամ կստեղծվի հետագայում,

գ) երրորդ երկրներին բազմակողմ պայմանավորվածությունների շրջանակներում, որոնց չի մասնակցում մյուս Պայմանավորվող կողմը:

Հոդված 2

Պայմանավորվող կողմերը երկու պետություններում գործող օրենսդրության շրջանակներում կնպաստեն երկու երկրների ձեռնարկությունների, կազմակերպությունների, ընկերությունների եւ հիմնարկությունների միջեւ, որոնք հետագայում կանվանվեն "Ձեռնարկություններ", երկկողմանի արտաֆին տնտեսական կապերի գարգացմանը:

Հոդված 3

1. Պայմանավորվող կողմերը, ելնելով իրենց հնարավորություններից, եւ յուրաքանչյուր պետությունում գործող օրենսդրությանը համապատասխան, կնպաստեն տնտեսական, արդյունաբերական, տեխնիկական, գիտատեխնիկական եւ տեխնոլոգիական համագործակցությանը:
2. Պայմանավորվող կողմերը համաձայնվում են, որ կան համագործակցության հնարավորություններ մասնավորապես հետեւյալ բնագավառներում՝
 - գյուղական եւ անտառային տնտեսություն, գյուղատնտեսական եւ անտառային տեխնիկա,
 - սննդի արդյունաբերություն, գյուղատնտեսական արտադրամեթոդների վերամշակման, պահպանման, փաթեթավորման եւ տեղափոխման բարելավում,
 - գոյություն ունեցող սարքավորումների վերակառուցում, մոդեռնացում, ընդարձակում եւ ավտոմատացում, պաշտպանական արդյունաբերության ձեռնարկությունների ապառազմականացում,
 - թեթեւ արդյունաբերություն, ներառյալ բարձրորակ եւ մրցունակ տեխստիլը, կարի, կոշիկի եւ կաշվե ապրանքների արտադրությունը,
 - մետալուրգիա, ներառյալ գունավոր մետալուրգիան, եւ մետաղամշակման արդյունաբերությունը,
 - համալիր արդյունաբերական արտադրությունների եւ սարքավորումների ստեղծում,
 - էլեկտրական եւ նավթ-էլեկտրական արդյունաբերություն,
 - առողջապահություն, բժշկական տեխնիկա եւ բժշկական ու դեղագործական արդյունաբերություն,
 - շինարարություն, շինարարական նյութերի եւ սարքավորումների արտադրություն, շինարարական տեխնիկա,

- իրավաբանական, տնտեսական, վիճակագրական, տեխնիկական փաստաթղթերի, տեղեկատվութայինների եւ հրապարակումների փոխանակում:

3. Համագործակցության բոլոր բնագավառներում նախագծերն իրականացվում են համաձայն բնապահպանական ամենաբարձր ստանդարտներին բավարարող առավել առաջավոր տեխնոլոգիաների:

Հոդված 4

Ելնելով ենթակառուցվածքի տնտեսապես շահավետ եւ բնապահպանման առումով անվտանգ համակարգեր ստեղծելու անհրաժեշտությունից, Պայմանավորվող կողմերը համաձայնվեցին հատուկ ուշադրություն դարձնել համագործակցությանը հետեւյալ բնագավառներում՝

- էներգետիկա, հիդրոէներգետիկա,
- երկաթուղային ցանցեր,
- օդային հաղորդակցություն,
- նանապարհային ցանցեր,
- հեռուստահաղորդակցություն,
- տրանսպորտային գործ,
- թափոնների վերամշակման արդյունաբերություն եւ երկրորդական օգտագործում,
- հողի բարելավում եւ ջրային տնտեսություն:

Հոդված 5

Պայմանավորվող կողմերը համաձայն են առ այն, որ զբոսաշրջիկությունը կարող է էական ավանդ ունենալ երկկողմանի արտափին տնտեսական կապերի խորացման գործում:

1. Պայմանավորվող կողմերը գործող օրենսդրության շրջանակներում կնպաստեն զբոսաշրջիկության զարգացմանը՝ Միավորված Ազգերի Կազմակերպության Միջազգային զբոսաշրջիկության եւ նանապարհորդությունների գծով կոնֆերանսի (Հոտմ, 1963 թ.), ինչպես նաեւ "Զբոսաշրջիկության խարտիայի եւ զբոսաշրջիկի օրենսգրքի" (Սոֆիա, 1985 թ.) հանձնարարականների հիման վրա:

2. Տնտեսական, տեխնիկական եւ մասնագիտական համագործակցությունը զբոսաշրջիկության բնագավառում նախագծերի իրականացման, ինչպես նաեւ համապատասխան ենթակառուցվածքի զարգացման մեջ իրականացվում է, շրջամիջավայրի պահպանության սկզբունքների հիման վրա, հաշվի առնելով զբոսաշրջիկության ոլորտի որակը:

Հոդված 6

Պայմանավորվող կողմերը կաջակցեն արդյունաբերական սեփականության պահպանությանը եւ կապահովեն այն՝ իրենց հնարավորությունների եւ յուրաքանչյուր պետությունում գործող օրենսդրության եւ, մասնավորապես, արդյունաբերական սեփականության պահպանության գծով Փարիզյան կոնվենցիայի շրջանակներում, ինչպես նաեւ կհամաձայնեցնեն այս ոլորտում համագործակցության եւ ընդլայնման ուղղությամբ գործողությունները:

Հոդված 7

Վճարումները Ավստրիայի Հանրապետության եւ Հայաստանի Հանրապետության միջեւ կիրագործվեն պետություններից յուրաքանչյուրում գործող օրենսդրության համապատասխան՝ ազատ փոխարկելի տարադրամով:

Հոդված 8

1. Ապրանքափոխանակումը, ինչպես նաեւ տնտեսական, արդյունաբերական, տեխնիկական, գիտատեխնիկական եւ տեխնոլոգիական համագործակցությունը սույն Համաձայնագրի շրջանակներում իրականացվում է կոմերցիոն հիմունքներով:

2. Յուրաքանչյուր երկրում գործող օրենսդրության շրջանակներում, Պայմանավորվող կողմերի Ձեռնարկությունները առևտրի ծավալների մեծացման եւ փոխադարձաբար մատակարարվող ապրանքների անվանացանկի ընդլայնման նպատակով կարող են իրականացնել առևտուր համաշխարհային պրակտիկայում ընդունված ձևով, այդ թվում բարտերային եւ հանդիսակաց գործարքների ձևով:

3. Երկու պետությունների Ձեռնարկությունների միջեւ առևտուրը կկատարվի ընթացիկ շուկայական գներով:

Հոդված 9

1. Պայմանավորվող կողմերը կանցկացնեն խորհրդատվություններ, երբ փոխադարձ առևտրում նկատվի որեւէ ապրանքի ներմուծում այնպիսի քանակությամբ, կամ այնպիսի գներով ու պայմաններով, որոնք կհասցնեն կամ կապառնան հասցնել զգալի վնաս՝ նման կամ անմիջապես մրցակցող ապրանքների հայրենական արտադրողներին:

Այդ դեպքում Պայմանավորվող կողմը, որը դիմել է խորհրդատվություն իրականացնելու խնդրանքով, գործող օրենսդրության շրջանակներում պետք է մյուս Պայմանավորվող կողմին տրամադրի ստեղծված իրադրության մանրամասն ուսումնասիրման համար անհրաժեշտ ամբողջ տեղեկատվությունը:

2. Եթե խորհրդատվությունների ժամանակ Պայմանավորվող կողմերը փոխհամաձայնեցված կարգով հիմնավորեն, որ առաջին կետում նշված իրա-

- շրջակա միջավայրի, բնության, լանդշաֆտի եւ հողի պահպանություն, ներառյալ բույսերի պահպանության կենսաբանական միջոցների արտադրությունը եւ կիրառումը,
 - բնական ռեսուրսների եւ լեռնարդյունաբերական արտադրանքի հետախուզում, որակի բարելավում եւ հետագա վերամշակում, ինչպես նաեւ մարֆեոիմզ,
 - բուժիչ եւ հանքային ջրեր,
 - էլեկտրակայանների, մասնավորապես հիդրոէներգետիկայի բնագավառում, ինչպես նաեւ էլեկտրահաղորդման բարձր լարման գծերի ցանցի եւ բնական գազի ու նավթի տեղափոխման համար խողովակաշարերի ցանցերի ընդլայնում,
 - էլեկտրասարքեր եւ կենցաղային տեխնիկա,
 - էլեկտրոնային եւ էլեկտրատեխնիկական արդյունաբերություն,
 - փայտամշակման, թղթի եւ ցելյուլոզի արդյունաբերություն,
 - մեմբրանների վերապատրաստում եւ ուսուցում՝ արտաքին առեւտրի, տրնտեսության կառավարման, զբոսաշրջիկության, արդյունաբերական սեփականության, բանկային, ֆինանսական եւ ապահովագրության բնագավառներում:
- Նման համագործակցությունը կարող է իրականացվել հետեւյալ ձևերով՝
- համատեղ ձեռնարկությունների ստեղծում եւ ուղղակի ներդրումներ տրնտեսության բոլոր ոլորտներում,
 - ներկայացուցչությունների եւ ֆիրմաների մասնաճյուղերի ստեղծում,
 - տեխնոլոգիաների, "նոու-հաու"-ների, ներառյալ կիրառական հետազոտությունները, փոխանակում,
 - պատեմտների եւ լիցենզիաների, ինչպես նաեւ արդյունաբերական սեփականության համար տրվող այլ իրավունքների փոխանակում,
 - նորմանների եւ ստանդարտների ներդաշնակեցում,
 - սերտիֆիկացում,
 - ֆինանսական, բանկային եւ ապահովագրական ծառայությունների, մարֆեոիմզի եւ այլ ծառայությունների տրամադրում,
 - տեխնիկատնտեսական հիմնավորումների մշակում,
 - համատեղ սեմինարների, սիմպոզիումների եւ կոնֆերանսների կազմակերպում եւ անցկացում, տնտեսական հարցերով պատվիրակությունների եւ փորձագետների փոխանակում, տոնավաճառների եւ ցուցահանդեսների կազմակերպում,

վիճակն առկա է, ապա կսահմանափակվի արտահանումը, կամ կձեռնարկվեն այլ միջոցառումներ՝ վնասը կանխելու կամ վերացնելու նպատակով:

3. Եթե Պայմանավորվող կողմերը համաձայնության չեն գա, ապա խորհրդատվությունների անցկացման մասին դիմող Պայմանավորվող կողմը իրավունք կունենա սահմանափակել համապատասխան ապրանքների ներմուծումը այն չափով եւ այն ժամկետով, որն անհրաժեշտ է վնասը կանխելու կամ վերացնելու համար:

Մյուս Պայմանավորվող կողմը այդ դեպքում իրավունք կունենա հրաժարվել առաջին Պայմանավորվող կողմի նկատմամբ իր ստանձնած պարտավորություններից՝ առետրի մոտավորապես համարժեք ծավալի չափով:

4. Ճգնաժամային դեպքերում, երբ հետաձգումը կարող է զգալի վնաս հասցնել, ժամանակավոր միջոցները կձեռնարկվեն առանց նախնական խորհրդատվությունների:

Այս դեպքում տվյալ միջոցներ կիրառող Պայմանավորվող կողմն անմիջապես եւ գրավոր ձեռով կտեղեկացնի մյուս Պայմանավորվող կողմին, որից հետո անհապաղ պետք է սկսվեն խորհրդատվությունները :

5. Պայմանավորվող կողմերը սույն հոդվածին համապատասխան միջոցներ ընտրելիս պետք է նախապատվություն տան այն միջոցառումներին, որոնք նվազագույն բացասական ազդեցություն կունենան սույն Համաձայնագրի հետագա գործունեության վրա:

Հոդված 10

Պայմանավորվող կողմերն ընդունում են փոքր եւ միջին ձեռնարկությունների ավելի ակտիվ մասնակցության օգտակարությունը եւ անհրաժեշտությունը երկկողմանի արտաքին տնտեսական կապերում:

Հոդված 11

1. Պայմանավորվող կողմերը երաշխավորում են Ձեռնարկություններին նախեստաօ վեները լուծել բարեկամական հանապարհով, փոխադարձ համաձայնությամբ:

2. Յուրաքանչյուր Պետությունում գործող օրենսդրության շրջանակներում Պայմանավորվող կողմերը կիրառուսեն Միավորված Ազգերի Կազմակերպության միջազգային առետրի իրավունքի գծով հանձնաժողովի (ՅՈՒՆՍԻՏԲԱԼ) կողմից մշակված Արբիտրաժային Կանոնակարգի կիրառումը եւ օտարերկրյա արբիտրաժային որոշումների համաչման եւ ի կատար ածման մասին կոնվենցիայի (Նյու-Յորք, 10 հունիսի 1958 թ.) մասնակից պետություններից որեւէ մեկի արբիտրաժային մարմիններին դիմելը:

Հոդված 12

Սույն Համաձայնագրի դադարեցումից կամ փոփոխումից հետո նրա դր-
րույթները կկիրառվեն երկու պետությունների Ձեռնարկությունների միջե-
րույր պայմանագրերի նկատմամբ, որոնցում նշված պարտավորություններն
առաջացել են նրա գործունեության ժամանակաընթացում եւ մասամբ կամ
լիովին չեն կատարված Համաձայնագրի դադարեցման կամ փոփոխման պա-
հին:

Հոդված 13

1. Սույն Համաձայնագրով ստեղծվում է հառը հանձնաժողով, որը կգոր-
ծի Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրի ցանկությամբ, հերթով՝
Ավստրիայում կամ Հայաստանում:

2. հառը հանձնաժողովի խնդիրների մեջ մասնավորապես մտնում են՝

- ա) երկկողմանի արտաքին տնտեսական կապերի վիճակի եւ զարգացման
ֆննարկումը,
- բ) ապրանքաշրջանառության եւ տնտեսական, արդյունաբերական, տեխնի-
կական, գիտատեխնիկական եւ տեխնոլոգիական համագործակցության
կատարելագործման եւ ընդլայնման ուղղությամբ առաջարկությունների
մշակումը,
- գ) սույն Համաձայնագրի նպատակների իրականացման վերաբերյալ հանձ-
նարարականների ներկայացումը:

Հոդված 14

Տարաձայնությունները Պայմանավորվող կողմերի միջև սույն Համաձայ-
նագրի կիրառման կամ մեկնաբանման կապակցությամբ կլուծվեն բանակ-
ցությունների ֆանապարհով 13-րդ հոդվածում նշված հառը հանձնաժողովի
շրջանակներում:

Հոդված 15

1. Պայմանավորվող կողմը կամ երկու Պայմանավորվող կողմերը Եվրո-
պական Տնտեսական Տարածքում (ԵՏՏ) իրական մասնակցություն ունենալու
կամ Եվրոպական Միության (ԵՄ) կամ նրա՝ իրավահաջորդ հանդիսացող
կազմակերպության մտնելու օրից սկսած, կասյված չեն լինի սույն Համաձայ-
նագրով, այնքանով, որքանով, որ դա անհամառոտելի կլինի այս հոդվածում
նշված կազմակերպությունների անդամ լինելու նրանց կարգավիճակի հետ:

2. Այդ դեպքում Պայմանավորվող կողմերը կորոշեն հետագայում սույն
Համաձայնագրի մնացած հոդվածների գործողության կարգը:

Հողված 16

1. Սույն Համաձայնագիրը կնքվում է երկու տարվա ժամկետով եւ ինքնաբերաբար երկարացվում է յուրաքանչյուր հաջորդ տարվա համար, եթե Պայմանավորվող կողմերից ոչ մեկը նրա գործողության ժամկետը լրանալուց երեք ամիս առաջ մյուս Պայմանավորվող կողմին դիվանագիտական ուղիներով գրավոր չի ծանուցում Համաձայնագիրը լուծարելու իր մտադրության մասին:

2. Սույն Համաձայնագիրը ենթակա է վավերացման եւ ուժի մեջ է մտնում վավերացման փաստաթղթերի փոխանակման ամսվան հաջորդող երրորդ ամսվա առաջին օրից:

ստորագրված է Վիեննայում... 26. 04. 1994.....

Երկու բնօրինակով, յուրաքանչյուրը գերմաներեն եւ հայերեն լեզուներով, ընդ որում՝ երկու տեխտերն էլ հավասարազոր են:

**ԱՎՍՏՐԻԱՅԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ
ԿՈՂՄԻՑ**

**ՀԱՅԱՍՏԱՆԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ
ԿՈՂՄԻՑ**



Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 14. November 1996 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 16 Abs. 2 mit 1. Februar 1997 in Kraft.

Vranitzky

694.

Der Nationalrat hat beschlossen:
Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

**ABKOMMEN
ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TUNESISCHEN REPUBLIK
ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN SCHUTZ DER INVESTITIONEN**
DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE TUNESISCHE REPUBLIK
im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,
VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen,
IN DER ÜBERZEUGUNG, daß die Förderung und der Schutz der Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme solcher Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,
IN DER ERKENNTNIS der Notwendigkeit die Investitionen der Investoren der einen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gerecht und billig zu behandeln,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) umfaßt der Begriff „Investitionen“ sämtliche Vermögenswerte aller Art, welche im Gastland gemäß dessen Rechtsvorschriften veranlagt oder anerkannt wurden, und insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
- b) Wertpapiere, Aktien, Anteilsrechte an und Obligationen von Gesellschaften;
- c) Ansprüche auf Geld, das übergeben wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
- d) Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte, wie Erfinderpateute, Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle sowie Gebrauchsmuster, technische Verfahren, Know-how, Handelsnamen und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen für die Aufsuchung und den Abbau von Naturschätzen;

(2) bezeichnet der Begriff „Investor“:

- a) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei besitzt und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- b) jede juristische Person oder Personengesellschaft des Handelsrechtes, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei geschaffen wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

(3) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte;

(4) umfaßt der Begriff „Enteignung“ auch eine Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme mit gleicher Wirkung;

(5) bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“

- (i) betreffend die Tunesische Republik, das Hoheitsgebiet der Tunesischen Republik;
- (ii) betreffend die Republik Österreich, das Hoheitsgebiet der Republik Österreich.

Artikel 2

Förderung und Schutz der Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet die Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese Investitionen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Investitionen gemäß Absatz 1 und ihre Erträge genießen den Schutz dieses Abkommens. Gleiches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, im Falle einer Wiederveranlagung der Erträge auch für deren Erträge. Die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Gastlandes vorgenommen wird, gilt als neue Investition.

Artikel 3

Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei behandelt die Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 können nicht dahin gehend ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privileges einzuräumen, welcher sich ergibt aus:

- a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft oder jedem sonstigen Abkommen, das eine regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit begründet;
- b) einem internationalen Abkommen oder einer bilateralen Vereinbarung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit über Steuerfragen;
- c) einer Regelung zur Erleichterung des Grenzverkehrs oder jedem bilateralen Abkommen über spezielle Maßnahmen in einem regionalen Rahmen.

Artikel 4

Enteignung

(1) Die Investitionen der Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die Enteignung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß ohne ungebührliche Verzögerung geleistet werden; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(2) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die in Anwendung des Artikels 1 Absatz 2 dieses Abkommens als eine eigene Gesellschaft dieser Vertragspartei anzusehen ist, und an welcher der Investor der anderen Vertragspartei Anteilsrechte besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(3) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung ausschließlich durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, gemäß deren Rechtsvorschriften überprüfen zu lassen.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 8 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

Artikel 5

Transfer

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, und insbesondere, aber nicht ausschließlich,

- a) der Erträge;
- b) der Rückzahlung von Darlehen;
- c) der Honorare;
- d) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- e) von Entschädigungen gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Abkommens.

(2) Die Zahlungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Transferzahlung gelten.

(3) Ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes 1, kann die eine oder die andere Vertragspartei:

- a) Rechtsvorschriften, welche zur Anzeige des Devisentransfers verpflichten sowie zur Einhebung von Ertragssteuern berechtigen, aufrechterhalten;
- b) Gläubigerrechte schützen oder die Vollstreckung von Urteilen auf Grund einer gerichtlichen Klage in gerechter und nicht diskriminierender Anwendung ihrer Gesetze sicherstellen.

Artikel 6

Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hierzu ermächtigte Institution einem ihrer Investoren Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 8 dieses Abkommens und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9 dieses Abkommens, die Übertragung aller Rechte dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund eines

Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei vorbehaltlich des Bestehens von Gegenforderungen an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte vorbehaltlich des Bestehens von Gegenforderungen an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist.

Für den Transfer von Zahlungen, die einer Vertragspartei auf Grund der an sie abgetretenen Eintrittsrechte zu leisten sind, gelten Artikel 4 und Artikel 5 dieses Abkommens sinngemäß.

Artikel 7

Andere Verpflichtungen

Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, auf Grund deren Bestimmungen den Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

Artikel 8

Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, so werden diese so weit wie möglich zwischen den Streitparteien freundschaftlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von sechs Monaten ab einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche durch die Inanspruchnahme innerstaatlicher Rechtsbehelfe oder auf anderem Wege beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei zur Durchführung eines Vergleichsverfahrens oder eines Schiedsverfahrens dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten unterbreitet werden, welches durch die Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten^{*)}, die am 18. März 1965 in Washington zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, geschaffen wurde. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen einer Vertragspartei und einem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem Zentrum zu unterbreiten.

(3) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruchs als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund der in Artikel 6 vorgesehenen Garantie eine Entschädigung bezüglich aller oder Teile seiner Verluste erhalten habe.

Artikel 9

Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer der Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf eine dritte Person als Vorsitzenden einigen. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Werden die in Absatz 3 festgelegten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Generalsekretär der Vereinten Nationen bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert diese Funktion

^{*)} Kundgemacht in BGBl. Nr. 357/1971

auszuüben, so kann der dienstälteste stellvertretende Generalsekretär der Vereinten Nationen unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht beschließt seine eigene Verfahrensordnung.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; der Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Vertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seinem Schiedsspruch eine andere Kostenregelung treffen.

Artikel 10

Anwendung dieses Abkommens

Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben.

Artikel 11

Inkrafttreten und Dauer

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

(2) Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; es bleibt in Kraft, sofern es nicht eine der beiden Vertragsparteien unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens einem Jahr vor Ablauf der Geltungsdauer oder zu jedem anderen Zeitpunkt danach, kündigt.

(3) Für die Investitionen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gilt dieses Abkommen noch für weitere zehn Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Wien, am 1. Juni 1995, in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik Österreich:

Schüssel

Für die Tunesische Republik:

Yahia m. p.

اتفاق
بين
جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية
بشأن تشجيع وحماية الاستثمارات

ان جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية المشار اليهما فيما يلي " بالطرفين المتعاقدين " ،

- رغبة منهما في خلق ظروف ملائمة لتعاون اقتصادي اكبر بين الطرفين المتعاقدين .
- واقناعا منهما بان تشجيع وحماية الاستثمارات يمكنهما تدعيم الاستعداد لانجاز هاته الاستثمارات وبالتالي تقديم مساهمة هامة في تنمية العلاقات الاقتصادية .
- وشعورا منهما بضرورة منح معاملة عادلة ومنصفة لاستثمارات مستثمري احد الطرفين المتعاقدين بتراب الطرف المتعاقد الاخر .

اتفسقتا على ما يلي :

الفصل 1 : تعاريف

لاغراض هذا الاتفاق :

- 1) تشمل عبارة "استثمارات" كل المكاسب بجميع اصنافها المكونة او المعترف بها في البلد المضيف وفقا لقوانينه وتراثيبه ، بالخصوص وبدون حصر :
 - أ - ملكية المنقولات والعقارات وكل حقوق عينية اخرى كالرهون العقارية و رهون المنقولات وحقوق الانتفاع والحقوق المماثلة .
 - ب- قيم واسهم و حصص وسندات الشركات
 - ج- ديون مالية تم منحها قصد خلق قيمة اقتصادية او الحقوق التي تخول خدمات ذات قيمة اقتصادية .

د- حقوق التأليف وحقوق الملكية الصناعية كبراءات الاختراع والعلامات التجارية والتصاميم الصناعية والنماذج التجارية وكذلك النماذج المسجلة والمهارات التقنية والفنية والاسماء التجارية والحرفاء .

ت- لزامات القانون العام للبحث واستغلال الموارد الطبيعية .

(2) تطلق عبارة " مستثمر " على :

أ- كل شخص طبيعي له جنسية احد الطرفين المتعاقدين انجز استثمارا على تراب الطرف المتعاقد الاخر .

ب- كل شخص معنوي او شركة اشخاص خاضعة للقانون التجاري ومكون طبقا لتشريع احد الطرفين المتعاقدين ويوجد مقره على تراب هذا الطرف المتعاقد وقام بانجاز استثمار على تراب الطرف المتعاقد الاخر .

(3) تطلق عبارة " عائدات " على المبالغ المتأتية من استثمار وتشمل خاصة وبدون حصر الارباح والفوائض والارباح الموزعة على الاسهم والمكافآت واتوات الاجازات ومكافآت اخرى .

(4) تشمل عبارة " انتزاع " كذلك " التأميم " او اي اجراء آخر له نفس الاثر .

(5) تطلق عبارة " تراب " :

(ا) بالنسبة لجمهورية النمسا على تراب جمهورية النمسا .
(ا) بالنسبة للجمهورية التونسية على تراب الجمهورية التونسية .

الفصل 2 : تشجيع وحماية الاستثمارات

(1) يشجع كل من الطرفين المتعاقدين على ترابه ويقدر الامكان ، استثمارات مستثمري الطرف المتعاقد الاخر ويقبل هاته الاستثمارات طبقا لتشريعه ، ويقوم بمعاملتها في كل الحالات بصفة عادلة ومنصفة .

(2) تستفيع الاستثمارات المشار اليها بالفقرة 1 وعائداتها بحماية هذا الاتفاق وفي حالة اعادة استثمار العائدات تنطبق نفس الحماية على عائداتها وذلك دون المساس باحكام الفقرة 1 .

تعتبر استثماراً جديداً كل عملية توسيع قانوني أو مراجعة أو تغيير استثمار تمت وفقاً لتشريع البلد المضيف .

الفصل 3 : معاملة الاستثمارات

1) يعامل كل طرف متعاقد مستثمري الطرف المتعاقد الآخر واستثماراتهم معاملة لا تقل امتيازاً عن المعاملة الممنوحة لمستثمريه واستثماراتهم أو لمستثمري بلد ثالث واستثماراتهم .

2) لا يمكن تفسير احكام الفقرة 1 كالتزام لاحد الطرفين المتعاقدين لمنح مستثمري الطرف المتعاقد الآخر مزايا اي معاملة او افضلية او امتيازاً حاضراً او مستقبلي ناتجة عن :

أ- اتحاد جمركي او سوق مشتركة او منطقة تبادل حر او الانتماء لمجموعة اقتصادية او اي اتفاق اخر يقيم تعاوناً اقتصادياً جوهرياً .

ب- اتفاق دولي او ترتيب ثنائي على اساس المعاملة المتبادلة في المجال الجبائي .

ج- أنظمة مخصصة لتسهيل التبادل الحدودي او اي اتفاق ثنائي يهدف الى عمليات خاصة في اطار جهوي .

الفصل 4 : الانتزاع

1) لا يمكن انتزاع استثمارات مستثمري طرف متعاقد على تراب السطرف المتعاقد الآخر الا لاسباب المنفعة العامة وموجب اجراء شرعي ومقابل تعويض . يجب ان يكون مبلغ التعويض مساوياً لقيمة الاستثمار في التاريخ الذي يسبق مباشرة تاريخ اعلام العموم باجراء الانتزاع ويدفع التعويض بدون تأخير غير مبرر وينجز فعلياً ويكون قابلاً للتحويل بكل حرية . يقع تحديد قيمة التعويض بصفة ملائمة في اجل اقصاه تاريخ الانتزاع .

2) عند قيام طرف متعاقد بانتزاع استثمارات شركة تعتبر طبقاً لاحكام الفقرة 2 من الفصل 1 من هذا الاتفاق شركة تابعة لهذا الطرف والتي يكون مستثمر السطرف المتعاقد الآخر مالكا فيها لحقوق مساهمة ، فان الطرف المتعاقد الاول يقوم بتطبيق احكام الفقرة 1 من هذا الفصل حتى يضمن لهذا المستثمر التعويض المناسب .

3) يكون للمستثمر الحق في ان يطلب اعادة النظر في شرعية " الانتزاع " من قبل فقط السلطات المختصة للطرف المتعاقد الذي قام باتخاذ اجراء الانتزاع وفقاً لقوانينه واحكامه .

4) يكون للمستثمر الحق في ان يطلب اعادة النظر في مبلغ التعويض سواء من قبل السلطات المعنية للطرف المتعاقد الذي قام باتخاذ قرار الانتزاع او من قبل هيئة تحكيم دولية طبقا للفصل 8 من هذا الاتفاق .

الفصل 5 : التحويلات

1) يضمن كل من الطرفين المتعاقدين لمستثمري الطرف المتعاقد الاخر ، حرية تحويل الدفعات المتعلقة باستثمار بدون تاخير غير مبرر وبواسطة عملة قابلة للتحويل ، وبالنحو وبدون حصر :

أ- العائدات

ب- تسديد القروض

ج- مكافآت

د- محصول تصفية او بيع كلي او جزئي للاستثمار .

ت- التعويضات وفقا لاحكام الفقرة 1 من الفصل 4 من هذا الاتفاق .

2) تنجز التحويلات المشار اليها بهذا الفصل حسب سعر الصرف المطبق في تاريخ التحويل .

3) دون مراعاة احكام الفقرة 1 ، يمكن لاي من الطرفين المتعاقدين :

أ- سن او ابقاء على القوانين والاحكام التي تلزم بتصريح تحويل العملات وباستفلاص الاداءات على الدخل .

ب- حماية حقوق الدائنين او ضمان تنفيذ الاحكام في الدعاوي المعروضة على القضاء وذلك بتطبيق عادل وغير تمييزي لتشريعه .

الفصل 6 : حق اخلال محل

اذا قام احد الطرفين المتعاقدين او مؤسسة مرخص لها من قبل هذا الطرف بدفعات لاحد مستثمريه بموجب ضمان تم منحه بعنوان استثمار قائم على تراب الطرف المتعاقد الاخر ، فان هذا الطرف المتعاقد الاخر ، دون المساس بحقوق المستثمر التابع للطرف المتعاقد الاول الناتجة عن الفصل 8 وحقوق الطرف المتعاقد الاول الناتجة عن الفصل 9 ، يعترف باحالة بصفة قانونية اوتعاقدية كل حقوق هذا المستثمر الى الطرف المتعاقد الاول شريطة وجود ديون في المقابل . يعترف كذلك الطرف المتعاقد الاخر باخلال محل الطرف المتعاقد الاول ، في كل هاته الحقوق التي يكون للطرف المتعاقد الاول الحق في ممارستها بنفس القدر الخول لمستثمريه شريطة وجود ديون في المقابل .

بالنسبة لتحويل الدفوعات الراجعة الى الطرف المتعاقد المعنى بموجب الحقوق التي تم احلال محل في شأنها فانه يقع تطبيق الفصلين 4 و 5 من هذا الاتفاق بالقياس .

الفصل 7 : التزامات اخرى

اذا نص تشريع احد الطرفين المتعاقدين او التزامات القانون الدولي الموجودة الى جانب هذا الاتفاق بين الطرفين المتعاقدين او التي سيقع عقدها في المستقبل بينهما على حكم ذات صيغة عامة او خاصة والذي يمنح موجه لاستثمارات مستثمري الطرف المتعاقد الاخر معاملة اكثر امتيازاً من المعاملة المنصوص عليها بهذا الاتفاق فان هذا الحكم يفوق هذا الاتفاق ما دام اكثر امتيازاً .

الفصل 8 : تسوية النزاعات المتعلقة بالاستثمارات

(1) اذا نشأت نزاعات متعلقة باستثمار بين طرف متعاقد ومستثمر الطرف المتعاقد الاخر، فانه يتم تسويتها بقدر الامكان بالتراضي بين الطرفين في النزاع .

(2) اذا لم يتم تسوية نزاع مشاراليه بالفقرة 1 خلال الستة اشهر التي تلي تاريخ اشعار كتابي لادعاءات محددة على النحو الكافي بطرق اللجوء الداخلية او اي طريقة اخرى ، فانه يقع عرض النزاع بطلب من الطرف المتعاقد او مستثمر الطرف المتعاقد الاخر للتوفيق او التحكيم على المركز الدولي لتسوية النزاعات المتعلقة بالاستثمارات الذي انشا بمقتضى الاتفاقية الخاصة بتسوية النزاعات المتعلقة بالاستثمارات بين الدول ورعايا دول اخرى والمعروفة للتوقيع بواشنطن بتاريخ 18 مارس 1965 . وفي حالة قيام اجراء تحكيم ، يقبل كل من الطرفين المتعاقدين بصفة نهائية ومسبقة بموجب هذا الاتفاق عرض هذا النزاع على المركز ولو في غياب اتفاقية تحكيم فردية بين طرف متعاقد ومستثمر .

(3) لا يمكن لطرف متعاقد ، طرف في نزاع ، في اي مرحلة من مراحل اجراء التوفيق او التحكيم او تنفيذ قرار الحكّمين ، ان يفترض بناء على ان المستثمر الذي هو الطرف الخصم في النزاع قد تسام تعويضاً بمقتضى الضمان المنصوص عليه بالفصل 6 من هذا الاتفاق عن كل او جزء من خسائره .

الفصل 9 : النزاعات بين الطرفين المتعاقدين

(1) يجب بقدر الامكان تسوية النزاعات بين الطرفين المتعاقدين المتعلقة بتأويل او تطبيق هذا الاتفاق عن طريق المفاوضات بصفة ودية .

(2) واذا تعذرت تسوية نزاع مشار اليه بالفقرة 1 خلال ستة اشهر يتم عرضه بطلب من احد الطرفين المتعاقدين على هيئة تحكيم .

(3) تتكون هيئة التحكيم حسب كل حالة خاصة بتعيين عضوا من قبل كل طرف متعاقد وبتفاه العصوين على اختيار شخص ثالث كرئيس .

يجب تعيين الاعضاء خلال الشهرين اللذين يليان تاريخ اشعار احد الطرفين المتعاقدين الطرف المتعاقد الاخر بنيته فى عرض النزاع على هيئة تحكيم . يجب تعيين الرئيس خلال اجل اضافي شهرين .

(4) اذا لم يقع احترام الاجال المبينة بالفقرة 3 وفي غياب اي اتفاق آخر، يمكن لاي من الطرفين المتعاقدين دعوة الامين العام للام المتحدة للقيام بالتعيينات اللازمة ، فاذا كان الامين العام للام المتحدة حاملا لجنسية احد الطرفين المتعاقدين او تعذر عليه القيام بالمهام المذكورة لاي سبب من الاسباب ، يمكن دعوة الامين العام المساعد الاقدم فى الوظيفة حسب نفس الشروط للقيام بالتعيينات .

(5) تحدد هيئة التحكيم بنفسها الاجراءات الخاصة بها .

(6) تتخذ هيئة التحكيم قراراتها بموجب احكام هذا الاتفاق وكذلك بموجب قواعد القانون الدولى المعترف بها عامة وذلك باغلبية الاصوات . يكون القرار ملزما ونهائيا .

(7) يتحمل كل طرف متعاقد المصاريف المتعلقة بالعضو الذي يعينه وكذلك المتعلقة بتمثيله خلال اجراءات التحكيم ويتقاسم الطرفان المتعاقدان بالتساوي المصاريف المتعلقة بالرئيس وكذلك المصاريف الاخرى . غير انه يجوز للهيئة ان تحدد بقرارها توزيعا اخر للمصاريف .

الفصل 10 : تطبيق الاتفاق

ينطبق هذا الاتفاق على الاستثمارات التى تم انجازها من قبل مستثمري احد الطرفين المتعاقدين على تراب الطرف المتعاقد الاخر طبقا لتشريع سواء قبل او بعد دخول هذا الاتفاق حيز التنفيذ .

الفصل 11 : الدخول حيز التنفيذ والمدة

(1) يخضع هذا الاتفاق الى المصادقة ويدخل حيزالتنفيذ فى اليوم الاول من الشهر الثالث الذى يلي الشهر الذى تم خلاله تبادل وثائق المصادقة .

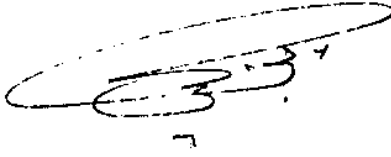
(2) يبقى هذا الاتفاق نافذ المفعول لمدة عشر سنوات ، ويضل نافذ المفعول ما لم يتم الغائه من احد الطرفين المتعاقدين بواسطة اشعاريقع تبليغه سنة على الاقل قبل انقضاء المدة الاولى او فى اي وقت بعد هذا التاريخ .

3) يبقى هذا الاخير نافذ المفعول لمدة عشر سنوات اضافة ابتداء من تاريخ الغاء
بالنسبة للاستثمارات المنجزة حتى تاريخ الغاء الاتفاق .

حرر هذا الاتفاق ببييانه في اجوان ١٩٩٥

في ثلاث نسخ اصلية باللغات الالمانية و العربية و الفرنسية و لهاته النسخ نفسس قوة
الاعتماد .

عن الجمهورية التونسية



عن جمهورية النمسا



ACCORD

ENTRE LA REPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA REPUBLIQUE TUNISIENNE CONCERNANT L'ENCOURAGEMENT ET LA PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

La République d'Autriche et la République Tunisienne dénommées ci-après « les Parties Contractantes »,

Désireuses de créer des conditions favorables à une plus grande coopération économique entre les Parties Contractantes,

Convaincues que l'encouragement et la protection des investissements peuvent renforcer la disposition à effectuer de tels investissements et ainsi apporter une contribution importante au développement des relations économiques,

Conscientes de la nécessité d'accorder un traitement juste et équitable aux investissements des investisseurs de l'une des Parties Contractantes sur le territoire de l'autre Partie Contractante,

Sont convenues de ce qui suit:

Article 1

Définitions

Aux fins du présent Accord

(1) Le terme « investissements » comprend tous les avoirs de toutes natures constitués ou reconnus dans le pays hôte en conformité avec ses lois et règlements et notamment, mais pas exclusivement:

- a) la propriété de biens mobiliers et immobiliers, ainsi que tous autres droits réels tels que hypothèques, droits de gage, usufruits et droits similaires;
- b) les valeurs, actions, parts et obligations de sociétés;
- c) les créances d'argent remis pour créer une valeur économique ou les droits à prestation ayant une valeur économique;
- d) les droits d'auteur, les droits de propriété industrielle tels que brevets d'invention, marques de commerce, dessins industriels et modèles de commerce ainsi que modèles déposés, procédés techniques, savoir faire, noms commerciaux et clientèle;
- e) les concessions de droit public pour la prospection et l'exploitation de ressources naturelles;

(2) Le terme « investisseur » désigne:

- a) toute personne physique possédant la nationalité d'une Partie Contractante et effectuant un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante;
- b) toute personne morale ou société de personnes de droit commercial, constituée conformément à la législation d'une Partie Contractante, ayant son siège sur le territoire de cette Partie Contractante et effectuant un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante;

(3) Le terme « revenus » désigne les montants rapportés par un investissement, et notamment, mais pas exclusivement, les bénéfices, intérêts, dividendes, tantièmes, redevances de licence et autres rémunérations;

(4) Le terme « expropriation » comprend aussi une nationalisation ou toute autre mesure ayant un effet équivalent;

(5) Le terme « territoire » désigne:

- (i) en ce qui concerne la République d'Autriche, le territoire de la République d'Autriche,
- (ii) en ce qui concerne la République Tunisienne, le territoire de la République Tunisienne.

Article 2

Encouragement et protection des investissements

(1) Chacune des Parties Contractantes encourage sur son territoire, dans la mesure du possible, les investissements des investisseurs de l'autre Partie Contractante, agréée ces investissements conformément à sa législation et les traite dans tous les cas de manière juste et équitable.

(2) Les investissements visés au paragraphe 1 et leurs revenus jouissent de la protection de cet Accord. Le même traitement s'applique, sans préjudice des dispositions du paragraphe 1, en cas d'un réinvestissement des revenus également à leurs revenus. L'extension juridique, la modification ou la transformation d'un investissement, réalisée conformément à la législation du pays hôte, est considérée comme un nouvel investissement.

Article 3

Traitement des investissements

(1) Chacune des Parties Contractantes traite les investisseurs de l'autre Partie Contractante et leurs investissements de façon non moins favorable que ses propres investisseurs et leurs investissements ou les investisseurs d'Etats tiers et leurs investissements.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 ne peuvent être interprétées comme constituant une obligation pour l'une des Parties Contractantes d'accorder aux investisseurs de l'autre Partie Contractante le bénéfice de tout traitement, préférence ou privilège, présent ou futur, résultant:

- a) d'une union douanière, d'un marché commun, d'une zone de libre échange ou de l'appartenance à une communauté économique ou de tout autre accord établissant une coopération économique régionale;
- b) d'un accord international ou d'un arrangement bilatéral sur la base de la réciprocité en matière fiscale;
- c) de réglementations destinées à faciliter le trafic frontalier ou de tout accord bilatéral aux fins d'opérations spécifiques dans un cadre régional.

Article 4

Expropriation

(1) Les investissements des investisseurs d'une Partie Contractante ne peuvent être expropriés sur le territoire de l'autre Partie Contractante que dans l'intérêt public, en vertu d'une procédure légale et contre indemnisation. Le montant de l'indemnité doit correspondre à la valeur de l'investissement immédiatement antérieure au moment où l'expropriation devient connue par le public. L'indemnité doit être versée sans délai indû; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable. La fixation de l'indemnité doit être prévue d'une manière adéquate au plus tard au moment de l'expropriation.

(2) Lorsqu'une Partie Contractante exproprie les investissements d'une société, qui en application des dispositions de l'Article 1, paragraphe 2 du présent Accord, est considérée comme étant sa propre société et dans laquelle l'investisseur de l'autre Partie Contractante détient des droits de participation, elle applique les dispositions du paragraphe 1 de cet Article de sorte que l'indemnisation appropriée de cet investisseur soit assurée.

(3) L'investisseur a le droit de demander que la légalité de « l'expropriation » soit ré-examinée uniquement par les autorités compétentes de la Partie Contractante qui a décidé de « l'expropriation » conformément à ses lois et règlements.

(4) L'investisseur a le droit de demander que, le montant de l'indemnité soit ré-examiné soit par les autorités compétentes de la Partie Contractante qui a décidé de « l'expropriation », soit par un tribunal arbitral international conformément à l'Article 8 de cet Accord.

Article 5

Transferts

(1) Chacune des Parties Contractantes garantit aux investisseurs de l'autre Partie Contractante le libre transfert, sans délai indû, en monnaie librement convertible des paiements relatifs à un investissement, et notamment, mais pas exclusivement,

- a) des revenus;
- b) des remboursements de prêts;
- c) des honoraires;
- d) du produit d'une liquidation ou vente totale ou partielle de l'investissement;
- e) des indemnités dues en application de l'Article 4, paragraphe 1 du présent Accord.

(2) Les transferts visés à cet Article sont effectués aux taux de change applicable le jour du transfert.

(3) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, l'une ou l'autre des Parties Contractantes peut:

- a) maintenir des lois et règlements exigeant la déclaration du transfert des devises et prélevant des impôts sur les revenus;
- b) protéger les droits des créanciers ou assurer l'exécution de jugement dans les actions en justice grâce à l'application équitable et non discriminatoire de sa législation.

Article 6

Droit de subrogation

Lorsque l'une des Parties Contractantes ou une institution autorisée par celle-ci, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement réalisé sur le territoire de l'autre Partie Contractante, effectue des paiements à l'un de ses investisseurs, cette autre Partie Contractante reconnaît, sans préjudice des droits de l'investisseur de la première Partie Contractante découlant de l'Article 8 et des droits de la première Partie Contractante découlant de l'Article 9, le transfert à la première Partie Contractante de tous les droits de cet investisseur par voie légale ou contractuelle, sous réserve de l'existence de créances en contrepartie. En outre l'autre Partie Contractante reconnaît la subrogation de la première Partie Contractante dans tous ces droits, sous réserve de l'existence de créances en contrepartie, que la première Partie Contractante a droit d'exercer au même degré que son prédécesseur en droit.

Pour le transfert des paiements dus à la Partie Contractante respective en vertu des droits subrogés, l'Article 4 et l'Article 5 du présent Accord s'appliquent par analogie.

Article 7

Autres obligations

Si la législation de l'une des Parties Contractantes ou des obligations de droit international, qui existent à côté du présent Accord entre les Parties Contractantes ou qui seront contractées entre elles dans l'avenir, prévoient un règlement de caractère général ou particulier, aux termes duquel un traitement plus favorable qu'en vertu du présent Accord serait à accorder aux investissements des investisseurs de l'autre Partie Contractante, ce règlement prévaut au présent Accord, dans la mesure qu'il est plus favorable.

Article 8

Règlement des différends relatifs aux investissements

(1) Si des différends relatifs à un investissement surgissent entre une Partie Contractante et un investisseur de l'autre Partie Contractante, ils seront, autant que possible, réglés à l'amiable entre les parties en litige.

(2) Si un différend visé au paragraphe 1 ne peut pas être réglé dans les six mois qui suivent une notification écrite de prétentions suffisamment définies par les voies de recours internes ou de toute autre manière, le différend sera soumis à la demande de la Partie Contractante ou de l'investisseur de l'autre Partie Contractante à la conciliation ou l'arbitrage du Centre International pour le Règlement des Différends Relatifs aux Investissements (CIRDI), créé par la Convention pour le règlement des Différends Relatifs aux Investissements entre Etats et Ressortissants d'autres Etats, ouverte à la signature à Washington le 18 Mars 1965. En cas de procédure d'arbitrage, chacune des Parties Contractantes consent irrévocablement et à l'avance par le présent Accord à soumettre de tel différend au Centre, même en l'absence d'une convention d'arbitrage individuelle entre une Partie Contractante et un investisseur.

(3) Une Partie Contractante, qui est partie à un différend, ne soulève à aucun stade de la procédure de conciliation ou d'arbitrage ou de l'exécution d'une sentence arbitrale, l'objection que l'investisseur, qui est la partie adverse au différend, ait reçu une indemnité couvrant tout ou partie de ses pertes en vertu de la garantie prévue à l'Article 6 du présent Accord.

Article 9

Différends entre les Parties Contractantes

(1) Les différends entre les Parties Contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord doivent être réglés, autant que possible, par des négociations à l'amiable.

(2) Si un différend visé au paragraphe 1 ne peut pas être réglé dans un délai de six mois, il sera soumis, à la demande de l'une des Parties Contractantes, à un tribunal arbitral.

(3) Le tribunal arbitral est constitué pour chaque cas particulier par la désignation d'un membre par chacune des Parties Contractantes et par l'accord des deux membres sur une tierce personne comme président. Les membres doivent être désignés dans les deux mois qui suivent la notification par l'une des Parties Contractantes à l'autre Partie de son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral; le président doit être désigné dans un délai supplémentaire de deux mois.

(4) Si les délais fixés au paragraphe 3 ne sont pas observés et en l'absence de tout autre arrangement, chaque Partie Contractante peut inviter le Secrétaire Général des Nations Unies à procéder aux désignations nécessaires. Si le Secrétaire Général des Nations Unies possède la nationalité de l'une des Parties Contractantes ou si pour une autre raison, il est empêché d'exercer cette fonction, le Secrétaire Général Adjoint des Nations Unies le plus ancien peut être invité sous les mêmes conditions à procéder aux désignations.

(5) Le tribunal arbitral fixe lui-même sa procédure.

(6) Le tribunal arbitral statue en vertu du présent Accord ainsi qu'en vertu des règles de droit international généralement reconnues. Il statue à la majorité des voix; la sentence est définitive et obligatoire.

(7) Chaque Partie Contractante assume les frais de son membre et de sa représentation dans la procédure d'arbitrage. Les frais du président ainsi que les autres frais sont assumés à parts égales par les Parties Contractantes. Le tribunal peut pourtant fixer dans sa sentence une autre répartition des frais.

Article 10

Application du présent Accord

Le présent Accord s'applique aux investissements, que les investisseurs de l'une des Parties Contractantes ont effectué en conformité avec la législation de l'autre Partie Contractante sur le territoire de celle-ci aussi bien avant qu'après l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 11

Entrée en vigueur et période de validité

(1) Le présent Accord sera soumis à ratification et entrera en vigueur le premier jour du troisième mois qui suivra le mois, au cours duquel les instruments de ratification ont été échangés.

(2) Le présent Accord reste en vigueur pour une durée de dix ans, et demeurera en vigueur à moins qu'il ne soit dénoncé par l'une ou l'autre des Parties Contractantes en donnant préavis d'un an au moins avant l'expiration du délai initial ou à tout moment après cette date.

(3) Pour les investissements effectués jusqu'au moment d'expiration du présent Accord, celui-ci restera en vigueur pour une période supplémentaire de dix ans, à compter du jour de l'expiration de l'Accord.

Fait à Vienne le 1. juin 1995 en trois originaux, en langues allemande, arabe et française, les trois textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche:

Schüssel

Pour la République Tunisienne:

Yahia m. p.

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 23. Oktober 1996 ausgetauscht; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 11 Abs. 1 mit 1. Jänner 1997 in Kraft.

Vranitzky